



Dr. Johann Wadepuhl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Newsletter 34 vom 09.12.2019

Die Folgen des SPD-Bundesparteitag für die Große Koalition

Am Wochenende hat die SPD auf dem mit Spannung erwartete Bundesparteitag um Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken als neue Vorsitzende einen Bundesvorstand gewählt. Zudem wurde eine Reihe von Beschlüssen zur inhaltlichen Ausrichtung unseres Koalitionspartners in der Bundesregierung getroffen.

Meine Meinung

Es gibt Gesprächsbedarf. Auch wenn die große Mehrheit der Delegierten für einen Verbleib der SPD in der Großen Koalition gestimmt hat, ist die Partei mit den Parteitagsbeschlüssen nach links gerückt und hat einen großen Teil der parlamentarischen Mitte geräumt.

Maßgeblich für die Zusammenarbeit bleibt der Koalitionsvertrag, der bis 2021 gilt und den wir mit den SPD-Bundesministern und der SPD-Bundestagsfraktion abarbeiten wollen. Daher ist es richtig, dass von Seiten unserer Parteiführung kurz nach Ende des SPD-Parteitages angeregt wurde, noch vor Weihnachten zu Gesprächen in einem Koalitionsausschuss zusammen zu kommen.

Fest steht: Einen Linksschwenk in der Regierungsarbeit wird es mit der Union nicht geben. Zwar hat der SPD-Parteitag einen Antrag zum Austritt aus der Koalition mit großer Mehrheit abgelehnt, jedoch wurde das neue SPD-Führungsduo von den Delegierten beauftragt, über eine Reihe von Punkten zu verhandeln, die nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages sind. Dieser hat für uns als CDU jedoch nach wie vor volle Gültigkeit. Das haben wir in der heutigen Sitzung des Bundesvorstandes noch einmal einstimmig bekräftigt. Auch CDU und CSU haben neue Parteivorsitzende in der laufenden Wahlperiode gewählt und die Gültigkeit des Koalitionsvertrages nie angezweifelt. Ein ähnlich klares Bekenntnis von der neuen SPD-Parteiführung vermisse ich bislang.

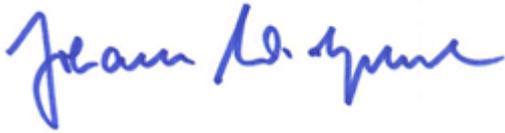
Forderungen nach einer Aufweichung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, der Überwindung von Hartz IV, einer nicht gegenfinanzierten Erhöhung des Mindestlohns oder der Wiedereinführung der bereits seit 1997 nicht mehr erhobenen Vermögenssteuer sind auch darum abzulehnen. Gleiches gilt für Forderungen nach der Reduzierung unserer Investitionen in unsere Bundeswehr. Wenn Norbert Walter-Borjans Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer eine Militarisierung unserer Außenpolitik

vorwirft, verkennt die SPD-Führung die Realitäten und führt die SPD in die außenparlamentarische Opposition.

Insgesamt liefern die auf dem Parteitag verabschiedeten Konzepte keine adäquaten Antworten auf die großen Herausforderungen vor denen unser Land steht. Das Klimapaket muss im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zügig verhandelt werden. Wir beobachten enorme Verschiebungen in der internationalen Zusammenarbeit während die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen wachsen. Deswegen brauchen wir mehr denn je eine handlungsfähige Regierung, die sich diesen Herausforderungen mit ganzer Kraft annimmt und einen Koalitionspartner, der zu dieser Regierung mit Überzeugung steht.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Start in die neue Woche.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Johann Wadepful', written in a cursive style.

Johann Wadepful